Eingang: _____ _____
Datum SB

Antrag auf Änderung der Auflagen gemäß § 12 Abs. 2 oder 12 a Abs. 5 AufenthG

Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist (§§ 86 ff Aufenthaltsgesetz (AufenthG)).

Antragsteller/ in

Familienname	ggf. Geburtsname	Vorname/ n
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit/ en
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Telefon (Angabe freiwillig)		E-Mail (Angabe freiwillig)

vorhandener Aufenthaltstitel

Art des Titels		Nummer
ausgestellt am:	gültig bis:	Ausstellungsbehörde

Beantragte Änderung der Auflagen

bisher	künftig

Begründung

<u>Allgemeine Hinweise:</u>

1. Mitwirkungspflicht gem. § 82 AufenthG: Ein Ausländer ist verpflichtet, u.a. alle erforderlichen Nachweise und Bescheinigungen unverzüglich beizubringen. Originale sind jeweils mit einer Kopie einzureichen.

2. Bitte beachten Sie: Bei der Vorlage unvollständiger Unterlagen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Im Allgemeinen sind Nachweise zum Beschäftigungsvertrag und - einkommen sowie Wohnkosten einzureichen, damit eine Bedarfsberechnung erfolgen kann. Bei Wohnsitzauflagen bedarf die Änderung der Wohnsitznahme der vorherigen Zustimmung der Zuzugsbehörde. Bei Änderungen zur Erwerbstätigkeit ist vorwiegend die Bundesagentur für Arbeit zu beteiligen und in diesen Fällen das Formular „Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis“ mit einzureichen.

3. Der Antrag ist gebührenpflichtig. Die Gebühr ist bei Antragstellung zu entrichten.